

Vortrag

Was tun mit unliebsamen Ehrungen? Das Beispiel Bürgermeister Gräfer in Lemgo

„Am 5. April 1945 ließ der Bürgermeister der Alten Hansestadt Lemgo in dienstlicher Erfüllung sein Leben. In Deutschlands und der engsten Umgebung dunkelster Zeit trat er mutig und entschlossen auf, um die von den Schrecken des Krieges unmittelbar bedrückte Stadt vor der Zerstörung zu bewahren. Ein hartes Geschick traf ihn hierbei und nahm ihm das Leben. Die Nachwelt wird ihn als einen pflicht- und verantwortungsbewussten Menschen und unbeirrt für das Wohl der ihm anvertrauten Stadt eintretenden Bürgermeister ehren und in Erinnerung behalten.“ So äußerte sich 1945 der letzte lippische Landespräsident Heinrich Drake (1881 – 1970) über den Tod des Lemgoer Bürgermeisters Wilhelm Gräfer [Staatsanzeiger für das Land Lippe, 29.08.1945].

Am 7.12.2009 äußerten sich die Ratsfraktionen von Bündnis90/Die Grünen, Bürger für Lemgo, FDP und SPD in einem Dringlichkeitsbeschluss für den Rat zur Umbenennung der Bürgermeister-Gräfer-Schule (Realschule Lemgo): „Die Schule hat überzeugend dargelegt, dass der zur Zeit der Deportation der Lemgoer Juden verantwortliche Bürgermeister kein angemessenes Vorbild für eine demokratische Schulbildung darstellt.“ Seitdem heißt die Schule nur noch Realschule Lemgo. Ein Ölbildnis des Bürgermeisters Gräfers, das der Schule 1969 von der Stadt geschenkt wurde, befindet sich heute im Keller der Schule, sozusagen im Dunkeln der Geschichte abgestellt.

Wie ist dieser Wechsel in der Betrachtung des Bürgermeisters Gräfer zwischen 1945 und 2009 zu erklären? Wie ist man in Lemgo mit der Person Gräfer nach 1945 umgegangen? Welche Form der lokalen Erinnerungskultur und der Vergangenheitsbewältigung wurde hier gepflegt, sei es für oder gegen Gräfer? Antworten auf diese Fragen zu geben, versucht mein Vortrag heute Nachmittag.

Zum Verständnis und der Bedeutung der Person Wilhelm Gräfer werde ich zunächst einige biographische Hinweise geben und einen Überblick über seine Zeit als Lemgoer Bürgermeister versuchen, bevor ich auf die Zeit nach 1945 eingehe. Das Leben Gräfers an sich wird nicht im Vordergrund stehen, sondern nur dann herangezogen, wenn es Auswirkungen auf die Deutung seiner Person nach 1945 hatte.

Einige Grunddaten zu seiner Person: Am 8. Oktober 1885 in Gandersheim geboren, ab 1906 Studium der Rechtswissenschaften, nach Verwundungen im Ersten Weltkrieg als Kriegsgerichtsrat nach Schweidnitz in Schlesien versetzt. Dort Ausbildung bei der Stadtverwaltung. Nach der Rückkehr aus dem Krieg im Februar 1919, kommissarische Verwaltung der Bürgermeisterstelle in Gandersheim. Am 29.12.1923 wurde Gräfer in Lemgo für 6 Jahre zum Bürgermeister gewählt. Sein Amt trat er zum 1.03.1924 an. 1928 wurde er wiedergewählt und 1942 zum Bürgermeister auf Lebenszeit ernannt.

Im Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 gab Gräfer bei Parteizugehörigkeit an: deutsch-national bis März 1932. Wenn man diese Angabe mit der DNVP

gleichsetzt, dann lassen sich bei Gräfers politischen Überzeugungen sicherlich viele Parallelen zu den Zielen der NSDAP finden. Ein öffentliches Bekenntnis zur NSDAP gab Gräfer – soweit bekannt - aber vor der sog. „Machtergreifung“ nie ab. Das offizielle Eintrittsdatum in die NSDAP ist immer der 1. Mai 1933. Aufgrund einer früheren Mitgliedschaft in der Loge Friedrich zum goldenen Zepter in Breslau von 1916 bis 1929/30 lief spätestens seit 1934 ein Verfahren gegen ihn vor dem zuständigen Kreisgericht der NSDAP, das mit dem Parteiausschluss 1935 endete. Im Rahmen dieses ersten Verfahrens, beurteilte der Lemgoer Kreisleiter der NSDAP Gräfer so, dass dieser „[...] auch bis heute noch keine Verdienste in der Bewegung erworben hat [...]“. Nach dem Parteiausschluss kümmerte sich Gräfer offensichtlich um positivere Beurteilungen seiner Person und erhielt vom NSDAP-Ortsgruppenleiter ein gegenteiliges Gutachten, indem ihm bestätigt wurde, sich bereits im Frühjahr oder Frühsommer 1932 um die Aufnahme in die NSDAP bemüht zu haben. Dieses Ansinnen wurde von der Partei abgelehnt, da man überzeugt war, der Bürgermeister könnte der Bewegung mehr nutzen, wenn er nicht offiziell Mitglied wäre. Dies sollte dann bei günstigeren Verhältnissen nachgeholt werden. Gräfer geriet zusätzlich 1936 noch durch einen Erlass des Reichs- und Preußischen Innenministeriums unter Druck, der auch für Beamte wie Gräfer bei entsprechender Logenzugehörigkeit Konsequenzen vorsah, die seine Kompetenzen als Bürgermeister einschränkten. Unklar ist, wie die beiden Gutachten (1934 und 1935) zu werten sind, insbesondere, ob das Urteil des Ortsgruppenleiters ein Gefälligkeitsgutachten war, das aus der räumlich-lokalen Nähe der Entscheidungsträger zu erklären ist. 1937 wird Gräfer vom Stellvertreter des Führers mitgeteilt, dass keine Bedenken gegen seine Belassung im Amt als Lemgoer Bürgermeister bestehen, auch wenn ihm die Personalangelegenheiten entzogen werden sollen. Eine Wiederaufnahme in die Partei gelingt Gräfer, trotz eines Gnadengesuches, erst mit dem allgemeinen Amnestieerlass für ehemalige Logenzugehörige von 1938.

Nach dem 30. Januar 1933 äußerte sich Bürgermeister Gräfer bei öffentlichen Gelegenheiten dagegen sehr explizit. Am sog. Tag von Potsdam am 21. März 1933 sprach am Abend auch der Lemgoer Bürgermeister (vermutlich im örtlichen Schützenhaus). Am Vorabend der Reichstagswahl vom 5. März 1933 habe er am Fackelzug des nationalen Deutschlands teilgenommen und auf die Bedenken einiger angesehenen Bürger, dass er doch objektiv bleiben müsse, erwidert: Ich pfeife auf die verfluchte Objektivität! Ich bekenne mich zu dem nationalen Deutschland. Er habe 1914 auf die Fahne Schwarz-Weiß-Rot seinen Eid geleistet und werfe jetzt alles hinter sich, um sich ganz und gar der neuen nationalen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Unter Bürgermeister Gräfer wurden Hindenburg, Hitler, SS-Brigadeführer Schaub, Reichsleiter Rosenberg, Gauleiter und Reichsstatthalter Meyer und Reichsinnenminister Frick die Ehrenbürgerwürde verliehen. Bis auf Rosenberg gingen alle Anträge von der NSDAP aus. Bei Rosenberg ist ein persönliches Motiv zu vermuten. Gräfer ist als Bürgermeister natürlich auch bei den alljährlichen Erinnerungsfahrten der Alten Garde zugegen, wenn die NSDAP-Mitstreiter der lippischen Landtagswahl im Januar 1933 durch die lippischen Städte reisen. Seine Einflussnahme auf diese Ereignisse erscheint allerdings gering. Überhaupt ist seine Stellung als Bürgermeister zwar durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 zusätzlich gestärkt worden, aber die Einflussnahme der NSDAP-

Parteigruppierungen und der Gauverwaltung begrenzte diesen Handlungsspielraum deutlich, so dass es schwerfällt, jeden Beschluss der Stadt bzw. des Bürgermeisters ihm oder den NSDAP-Stellen zuzuordnen. Die Durchsetzung der staatlichen Maßnahmen der Judenverfolgung bis zu ihrer Deportation wurde in den 1980er Jahren ein bedeutsamer Kritikpunkt.

Im Frühjahr und Sommer 1935 erschienen in der NS-Presse in Lippe hetzerische Artikel gegen jüdische Kaufleute und „Deutsche“, die noch Geschäfte mit ihnen machten. Am 9.8.1935 wurden durch die NSDAP-Kreisleitung Detmold „Richtlinien für den Kampf gegen die Juden“ erlassen, die von den Kommunen in Ortsrecht umgewandelt werden sollten. Als erste lippische Kommune folgte Schötmar und danach Lemgo. Diese judenfeindliche Satzung erfolgte etwa einen Monat vor dem Erlass der Nürnberger Rassegesetze vom September 1935. Die spätere Kritik am Handeln Gräfers entzündete sich nicht zuletzt an dieser Satzung, die aus vorauseilendem Gehorsam verfasst worden sein sollte. Dabei wurde der entsprechende Kontext der anderen lippischen Kommunen und die pressemäßige Drohkulisse außeracht gelassen. Die nachfolgenden Zwangs- und Ausgrenzungsmaßnahmen der ehemaligen jüdischen Bürger wurden auch in Lemgo konsequent umgesetzt. Ab 1939 erfolgte eine Zusammenfassung aller bis dahin noch nicht ausgewanderter Juden in sogenannten Judenhäusern, eine Form der partiellen Ghettoisierung. Hierbei wird Gräfer ein teilweise nachsichtiges, aber auch unnachgiebiges Verhalten vorgeworfen, was aber nichts an der Durchsetzung der Maßnahme an sich änderte. Bei den Judendeportationen in Lemgo 1941 und 1942 ist ein eigenständiges oder widerständiges Handeln Gräfers nicht erkennbar.

Für die Mythos-Bildung Gräfers sind natürlich die Tage um den 4. und 5. April 1945 entscheidend, als die amerikanische Frontlinie bereits durch den westlichen Lemgoer Ortsteil Hörstmar verlief. Die genauen Abläufe und Details sind bis heute umstritten und sollen hier nicht ausgeführt, aber zumindest der ungefähre Ablauf skizziert werden. Angeblich hätte Gräfer bereits Tage vorher mit seinen Freunden über eine kampflose Übergabe der Stadt nachgedacht, um diese vor der Zerstörung zu retten. Problematisch war dabei der Kampfkommandant in der Stadt, Walter Heckmann, der den Befehl erhalten hatte, Lemgo mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Unklar ist, inwieweit Gräfer Heckmann im Vorfeld von seinem Vorhaben unterrichtete. Jedenfalls handelte der Fabrikant und Baumschulenbesitzer Herbert Lüpke, dessen Grundstück und Betrieb unmittelbar an der Frontlinie lag, eine Verhandlungsfrist von 30 Minuten aus, in der er Bürgermeister Gräfer herbeiholte. Der US-Offizier sicherte die Unzerstörtheit der Stadt zu, wenn er dies mit einem deutschen Offizier besprechen könnte, den die beiden Männer wiederum in 30 Minuten herbeischaffen wollten. Gräfer und Lüpke kehrten allerdings nie mehr zurück, da sie in der Kaserne von Heckmann verhaftet wurden. Dort sollte bereits die Rede von Landesverrat gewesen sein. Heckmann übergab beide einem Kommando, das sie mit einem Fahrzeug nach Barntrup bringen sollte. Auf der Fahrt dorthin gelang Gräfer und Lüpke bei einem Halt die Flucht, aber Gräfer wurde wieder gefasst. Von Barntrup brachte man Gräfer nach Lügde, wo er vor ein Kriegsgericht gestellt wurde. Ein Protokoll wurde nicht geführt, ein Jurist war nicht dabei und Gräfer wurde kein Anwalt gestellt. Den Vorsitz führte als ranghöchster Offizier Generalmajor Paul Görbig. Das Urteil lautete auf

Erschießen und Erhängen. Gräfer wurde angesichts der immer näher rückenden Amerikaner nach Bodenwerder an der Weser gebracht, wo er auf dem Marktplatz erschossen und anschließend an einem Baum aufgehängt wurde.

Dies sind in knapper Zusammenfassung die damaligen Ereignisse. Der Ablauf und die Abhaltung des Kriegsgerichtes, das eher an ein Standgericht erinnert, sowie natürlich der Vorwurf des Landesverrates waren in der Nachkriegszeit immer wieder Gegenstand von Prozessen, die von den Familienangehörigen Gräfers (Ehefrau, Kinder) angestrengt wurden. Zwischen 1947 und 1949, 1959 und 1966 wurden Verfahren gegen Heckmann, Görbig und andere Mitglieder des Kriegsgerichtes eingeleitet, die aber ohne Verurteilung eingestellt wurden. Bis 1968 galt damit das Urteil des Kriegsgerichtes als rechtmäßig und Gräfer als Landesverräter. Diese juristische Tatsache tat der Würdigung des ehemaligen Bürgermeisters in seiner Stadt aber keinen Abbruch.

Die ersten Nachrichten über die Tötung Gräfers sollen über niederländische Zwangsarbeiter aus Bodenwerder nach Lemgo gelangt sein, was aber nie später bestätigt und belegt werden konnte. Als jedenfalls der neue Bürgermeister Clemens Becker (ehemaliger SPD-Landrat in Lippe) und sein Stellvertreter, der Lemgoer Kaufmann Josphe Wiese, vom Schicksal Gräfers erfuhren, schickten Sie zwei Männer nach Bodenwerder, um die Leiche Gräfers ausgraben und nach Lemgo überführen zu lassen. Am 17.04.1945 fand dann die Beerdigung Gräfers in Lemgo statt. Nach einer öffentlichen Veranstaltung in der Kirche St. Nicolai fand unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit (Ausgangssperre) die Beisetzung auf dem Friedhof Rintelner Straße statt. An dem kleinen Geleitzug über den Lemgoer Marktplatz nahmen neben Becker und Wiese auch der Fabrikant Carl Baumgart und der Stadtbaumeister Schäfer teil. Geistlicher Beistand kam von Pastor Hettling, der in der Kirche seine Traueransprache mit dem Bibelwort: „Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde.“ Diese Aussage kann programmatisch für die in den nächsten Jahren sich abzeichnende Gräfer-Verehrung stehen. Die an der Beerdigung teilnehmenden Personen sollten sich auch später um das „Erbe“ und die Erinnerung an Gräfer bemühen und das Bild prägen. Dabei konnten insbesondere Becker und Wiese ihr Ansehen als unermüdliche Helfer und Unterstützer der Stadt und ihrer Bewohner vor und nach dem Krieg in die Waagschale werfen. Ihr Wort wird sicherlich Gewicht gehabt haben. Eine weitere Persönlichkeit, aus Lemgo gebürtig, der letzte lippische Landespräsident Heinrich Drake trat ebenfalls für Gräfer ein, wie wir oben gesehen haben. Heinrich Drake selbst war seit 1906 SPD-Mitglied und seine Landesregierung verlor nach der lippischen Landtagswahl im Januar 1933 die Macht an die NSDAP. Also Sicht der Zeitgenossen sicherlich ein unverdächtigter Gewährsmann für die Integrität Gräfers.

Bereits vorher, am 1. Mai 1945, schrieb aber bereits Dr. Theo Goldschmidt an Bürgermeister Becker, dass er bereit sei aus seiner Beteiligung an der Kondor Holzwerk Karl Baumgart KG in Lemgo 1000 RM für eine spätere Erinnerung an die Taten Gräfers zu spenden. Bis zum Dezember 1945 wurde daraus die Planung, eine Straße nach Gräfer zu benennen sowie seine Grabstätte zu einem Denkmal auszugestalten. Für letzteres sollten dann die zugesagten Mittel eingesetzt werden. Im März 1946 legte Stadtbaumeister Schäfer einen Entwurf

für eine Denkmalsanlage zu Ehren Gräfers vor. Die Beschriftung sollte zwar noch festgelegt werden, aber Schäfer griff bereits das Bibelzitat Hettlings auf und ergänzte es mit „Er starb in Aufopferung für seine Stadt“. Dieser Entwurf wurde aber vom lippischen Landeskonservator im Juni 1946 abgelehnt, da nicht „zeitgemäß richtig“ und nicht „künstlerisch einwandfrei“. „Ein solcher, in den Formen des Empire gehaltenen Gedenksteins paßt jetzt nicht mehr für den gedachten Zweck“. Er schlug dagegen einen „schlichten monumentalen Stein“ vor, der Stadtwappen und Schriftzug aufweisen sollte. Außerdem sollten die in Lemgo ansässigen Architekten einen Vorschlag abgeben. So geschah es dann auch. Der endgültige Schriftzug „Er opferte sein Leben für die Stadt“ wurde nach Vorschlag Schäfers genehmigt. Über die Denkmalseinweihung am 3. April 1949 berichtete die Freie Presse, die auch die Lesart der Opferung für die Stadt übernahm: „Denn wir sind gewiß, daß Lemgo für alle Zukunft dieses Mahnmal hüten und pflegen wird. Dafür bürgt die Inschrift, die dem Besucher der Stätte des Friedens und der Einkehr sagt, daß der, der dort ruht, sein Leben für die Stadt opferte.“ Damit war für die nächsten Jahre durch „Blutzeugen“ und steinernes Monument festgelegt, wie Gräfers Taten zu sehen waren. Die Schäfersche Formulierung wurde häufig auch später noch zitiert.

[Hinweis auf Wiese und sein Buch]

Die öffentliche Teilnahme am Gedenken zu Ehren Gräfers scheint jedoch in der Nachfolge eher gering ausgeprägt gewesen zu sein. Zwar wurde von der Stadtverwaltung an der Grabstätte alljährlich ein Kranz niedergelegt (FP, 06.04.1951). Von Feiern erfährt man aber nichts. Erst 1960, 15 Jahre nach dem Tod Gräfers, gab es eine Gedenkveranstaltung mit Mitgliedern des Lemgor Stadtrates und Spitzen der Verwaltung an seinem Grab. Die Fahnen wurden auf Halbmast gesetzt und an den Schulen in der Stadt an Gräfer erinnert.

In einem Presseberichte der Lippischen Rundschau vom 5.4.1960 wurde zwar auf den geäußerten Einwand, der sog. Opfergang Gräfers sei unnötig gewesen; die Stadt wäre auch ohne Gräfer erhalten geblieben, eingegangen. Diese Interpretation lehnte der unbekannte Verfasser aber ab, da sie nicht dem persönlichen Mut und dem Verantwortungsbewusstsein Gräfers gerecht werden würde. Opferung und Rettung der Stadt werden hier zu einem untrennbaren Ganzen im Mythos Gräfer, das auch in den 1980er Jahren nicht mehr zu trennen ist.

Im April 1965 griff man erneut die Abfolge von 1960 auf (Kranzniederlegung, Ansprachen, Flaggen auf Halbmast...) und installierte zusätzlich im öffentlichen Teil des Rathauses ein Ölgemälde Wilhelm Gräfers. Das Bildnis dürfte schon länger existiert haben, wurde aber anscheinend erst jetzt öffentlich ausgestellt. Irgendwann nach 1965 und vor 1970 wurde unterhalb des Bildnisses auch das Lemgoer Ehrenbuch, das mit Fotos und kurzen biographischen Angaben an die gefallenen Lemgoer Soldaten des Zweiten Weltkrieges erinnern sollte, ausgelegt. 1965 war es zunächst in St. Nicolai ausgestellt. Auch Gräfer selbst taucht dort als einziger, nichtmilitärischer Gefallener auf. Aus der Kombination Bild und Buch wird eine kleine Weihstätte im Rathaus, für alle sichtbar, und auch bei Besuchen der Schulklassen im Rathaus gerne gezeigt und erklärt. Der erläuternde Textzusatz bei Gräfer legt auch eine vermeintliche Frontstellung

Gräfers zum Nationalsozialismus nahe. Diese Form des angeblichen Widerstandes gegen die Nazis wird bereits in einem Artikel vom April 1946 provoziert, in dem Gräfer als leuchtendes Vorbild im Gegensatz zum feigen, wildgewordenen Stadtkommandanten Heckmann und dem bereits vorher geflohenen Hauptmann und NS-Funktionär Walter Steinecke präsentiert wird. Gräfer hat also eigentlich nichts mit den Nazis zu tun... Das Widerstandsmotiv sollte in den 1980er Jahren erneut eine wichtige Rolle spielen.

Zwei Jahre später, 1967, folgte dann der Beschluss des Stadtrates die seit 1960 bestehende Realschule an ihrem neuen Schulstandort am Heldmanskamp auch mit einem Namenspatron zu versehen. Der Vorschlag zur Benennung ging von Walter Eickmeier aus (3.3.1967, in StaL B 5332). Gleichzeitig beauftragt man den Maler und Lehrer am EKG Emil Schulz-Sorau (1901 – 1989) mit der Anfertigung einer Kopie des Gemäldes aus dem Rathaus für die Schule. Gräfer sollte auch im Schulneubau visuell präsent sein. Bei der Einweihungsfeier der Bürgermeister-Gräfer-Schule im Mai 1969 hielt Stadtdirektor H. Moeller eine Ansprache. Moeller appellierte dabei besonders an die Jugend, die das Andenken an den Gräfer wach halten sollte. In seiner Rede ging er ausführlich auf die Umstände der Gefangennahme und Erschießung Gräfers ein und versäumte nicht, das Urteil von 1968 auszuführen und die Rehabilitation Gräfers aus dem Gerichtsurteil zu zitieren. Er schloss mit den Worten: „Ihr jungen Menschen: sorgt dafür, daß Recht Recht bleibt, daß politische Macht nicht entartet und mißbraucht wird. Und vergeßt niemals: Bürgermeister Gräfer opferte sein Leben für die Stadt Lemgo.“ Diese Rede Moellers und das Urteil stehen natürlich auch im Kontext der damals geführten Debatte über Notstandsgesetzgebung und Widerstandsrecht und einer zunehmenden Anerkennung der sog. Männer des 20. Juli. Hier wurde versucht, Gräfer auch für die Jugend als Vorbild annehmbar zu machen, was natürlich nur gelingen konnte, wenn man ihn als Teil des Widerstandes gegen den NS ansah.

Die letzte Phase in der Manifestierung des Mythos Gräfer ist die Anbringung einer Gedenktafel an der Kirche in Bodenwerder am 5. April 1972, wo maßgeblich Gräfer erschossen worden ist. In den nachfolgenden Jahren wurden dort dann immer wieder zum Jahrestag Kränze und Blumensträuße unterschiedlicher Delegationen aus Lemgo abgelegt. Damit existierten nun drei feste Erinnerungsorte für Gräfer: seine Grablege, das Rathaus und Bodenwerder.

Eine Veränderung in der Sichtweise Gräfers oder kritische Stimmen sind in den Presseartikeln bis 1980 nicht erkennbar. Die Darstellung hatte sich verfestigt und ritualisiert. Eine öffentliche, abweichende Sicht war nicht vorhanden.

Im Januar 1979 wurde die US-Amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ in der BRD ausgestrahlt, die eine nachhaltige Wirkung auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung hatte. Erstmals wurde auch eine breitere Öffentlichkeit für das Schicksal der Juden emotional sensibilisiert. Im 1974 eingerichteten Jugendzentrum in Lemgo hatte sich eine Jugendgruppe um den Zentrumsleiter Heinrich Schmitz gebildet, die aus Lehrlingen, Oberschülern, Gesellen, Hilfsarbeitern und Arbeitslosen bestand, die nun offen fragten, was mit den Juden in ihrer Stadt Lemgo passiert ist. Als Arbeitskreis sichteten sie amtliche Dokumente aus dem Stadtarchiv, Fotos, Presseberichte und fanden von

der herrschenden Pressemeinung abweichende Hinweise zur Person und Verhalten Gräfers. Das Auffinden authentischer Schriftzeugnisse mit der Unterschrift Gräfers, die im Zusammenhang mit der Judendeportation stehen, scheint dabei vor allem Eindruck hinterlassen zu haben. Sie ermittelten wieder die Häuser, in denen Juden wohnten. Anlässlich der Gräfer-Ehrungen im April 1980 kamen damit erstmals auch kritische Stimmen zu Wort. Die Reaktionen der Stadtspitze, SPD-Bürgermeister Reinhard Wilmbusse, und der Parteien, allen voran der CDU, waren verhalten, skeptisch bis negativ. Wilmbusse riet zu eingehenden, objektiven Untersuchungen anhand aller verfügbarer Quellen. Gleichzeitig bekräftigte er, dass das Gedenken an Gräfer und die Gestaltung des Synagogenmahnmals zeige, dass man hier „die Opfer des Nationalsozialismus ohne Wenn und Aber in Ehren halte.“ Juden und Gräfer wurden also auf eine Stufe der Opfer des NS gestellt. Die Fragen des Arbeitskreises wurden als Herabwürdigung der Person Gräfers und seines Andenkens aufgefasst. Man würde ihn in den Schmutz ziehen. Niemand solle Gräfer beschuldigen, wenn er nicht selber dabei gewesen sei. Der Arbeitskreis hielt dagegen vor allem den Vorbildcharakter Gräfers für mehr als fragwürdig, natürlich in erster Linie die Benennung einer Schule nach ihm. Auch die hergebrachte Auffassung der tatsächlichen Rettung Lemgos vor der Zerstörung durch Gräfer, zogen sie aus den bekannten Gründen in Zweifel. Die Kritik der CDU-Ratsopposition richtete sich gegen den Leiter des Jugendzentrums, einem SPD-Mitglied, der die Jugendlichen im teuer finanzierten Zentrum für seine ideologischen Zwecke missbrauche und deswegen nicht mehr tragbar sei. Teilweise wurden auch Forderungen laut, sich seinen Strafregisterauszug vorlegen zu lassen. Die Junge Union zog in einem Flugblatt seinen Lebenswandel in Frage und hielt ihn für unmoralisch. Vermutlich erregte der vor seiner Einstellung in Lemgo weitgereiste und mehrsprachige Jugendarbeiter das Misstrauen der konservativen JU, die sich bereits vorher aus dem Jugendzentrum zurückgezogen hatte. Eine Trennlinie zu den Ansichten der älteren Lemgoern ist bei der JU nicht zu ziehen. Ein intergenerationeller Konflikt liegt demnach nur bedingt vor. Zur weiteren Eskalation trug bei, dass die Reservistenkameradschaften mit etwa 180 Teilnehmern einen Gedenkmarsch zum 35. Todestag Gräfers von Bodenwerder nach Lemgo im April 1980 veranstalten wollten und die hergebrachte Sichtweise Gräfers vertraten (also Widerstandskämpfer). Dies wollte der Arbeitskreis aus dem Jugendzentrum verhindern und notfalls eine eigene Gegendemonstration aufstellen. In einem gemeinsamen Gespräch von Arbeitskreis und Vertretern aus Stadtrat und Verwaltung einigte man sich auf den Vorschlag, die NS-Zeit in Lemgo durch den Bielefelder Historiker Dr. Falk Pingel untersuchen zu lassen, wofür 23.300 DM in Aussicht gestellt wurden. Von Seiten der rechtskonservativen DSU wurde diese Untersuchung lediglich als eine teure Form des „Persilscheines“ aufgefasst, als eine pauschale Faschismusbescheinigung. Das Ergebnis der Untersuchung wäre damit also schon zu Beginn klar gewesen und unnötig. Hieran ist erkennbar, wie das lokale Phänomen Gräfer in den damaligen, polarisierenden Bundestagswahlkampf Helmut Schmidt / Franz-Josef Strauss geriet und die Person Gräfer zu einem politischen Schlagabtausch diente. Der Zug der Reservisten wurde abgesagt und die Diskussion verebbte allmählich.

1985 und 1986 passierten Ereignisse, die offensichtlich die Diskussion um Gräfer wiederbelebten. Im Mai 1985 hielt Bundespräsident von Weizsäcker seine berühmte Rede zum Kriegsende, das er als Befreiung vom Nationalsozialismus

auffasste und die eine neue Sichtweise auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 ermöglichte. In Lemgo veranstaltete man vom 23. 02. bis 9. März 1986 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Juden in Lemgo – Vergessene Bürger?“. Im gleichen Jahr hatte die gebürtige Lemgoerin und Jüdin Karla Raveh, geb. Frenkel ihre Erinnerungen, darunter vor allen Dingen an die Deportation und die KZ-Zeit, veröffentlicht und eine breite Anteilnahme in der Lemgoer Öffentlichkeit ausgelöst. Ausgangspunkt für die neue, lebhaft Diskussions über Gräfer wurde aber ein offener Brief vom 6. März 1986 der Lemgoer Ratsmitglieder Jochen Storbeck (Grüne) und Gerhard Wellmer (SPD), die die Umbenennung der Bürgermeister-Gräfer-Schule forderten.

Aus dem offenen Brief: „Unsere politische Verantwortlichkeit erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit den Ursachen von Faschismus, Krieg und Verfolgung; sie erfordert die Beseitigung aller Überbleibsel von Gedankenlosigkeit, von undemokratischer und obrigkeitlich-staatlicher Gesinnung. [...] Das Vermächtnis der ermordeten Juden, das Lebenswerk der Überlebenden des Holocaust und die vergleichsweise sehr bescheidenen Ansätze, die wir in Lemgo gemacht haben, blieben dann folgenlos.“ In der Person Gräfers sei der „Kristallisationspunkt“ der Auseinandersetzungen in Lemgo. Für die einzuladenden Juden ist es ein „[...] völlig unerträglicher Gedanke, daß sie hier eine Schule vorfinden, benannt nach dem Mann, der ihre Familien in den Tod geschickt hat, der ihnen unfaßliches Leid und Narben für ihr ganzes Leben zugefügt hat, der ihnen frühzeitig das Leben in Lemgo zur Hölle gemacht hat. [...] Diesen Mann heute zu ehren und der Jugend als Vorbild hinzustellen [...] ist peinlich und unverantwortlich, denn unsere politische Verantwortlichkeit erstreckt sich auch auf die gedankenlose Entscheidung des Rates in den sechziger Jahren.“ (NL 51, Nr. 15).

Inhaltliche Unterstützung fand der Aufruf auch in der Person des aus Hamburg stammenden Walter Sternheim-Goral, der die Reihe mitveranstaltet hatte. Sternheim-Goral war Verwandter der jüdischen Familie Sternheim aus Lemgo. Er wies bei den Veranstaltungen immer wieder auf die Rolle des Bürgermeisters Gräfer hin. Er unterstrich, dass bei der bevorstehenden Einweihung des Synagogenmahnmals eine Bürgermeister-Gräfer-Schule ein „Schlag ins Gesicht der jüdischen Versöhnungsbereitschaft“ wäre.

Die CDU-Fraktion im Rat nahm in der sich entwickelnden Debatte die Rolle des Verteidigers Gräfers und seiner Vorbildfunktion ein und ging damit, genau wie 1980, gegen alle Kritiker des ehemaligen Bürgermeisters vor.

In einem Artikel der Lippischen Rundschau vom 26.03.1986 legte die CDU ihre Position im Lemgoer Rat klar dar: „Die CDU lehnt es jedoch ab, pauschal all jene zu verurteilen, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft – praktisch ohne eigenen Entscheidungsspielraum – gezwungen waren, Anordnungen vorgesetzter Dienststellen auszuführen, die aber, wenn auch ohne aktiven Widerstand, sich stets bemüht haben, unter einem unmenschlichen Regime selbst anständig und menschlich zu bleiben. [...] Die schriftlichen Anordnungen der ihm vorgesetzten Dienststellen hinsichtlich der Maßnahmen gegen die jüdischen Bürger in Lemgo seien eindeutig und unmissverständlich gewesen. Jeder Widerstand gegen diese Anordnungen, jede Modifikation zugunsten der Betroffenen, sei gleichzusetzen

gewesen mit der unverzüglichen Ablösung des Bürgermeisters.“ Häufig wurde an dieser Stelle der Argumentation, nicht nur von der CDU, sondern auch von vielen Bürgern in zahlreichen Leserbriefen, angeführt, dass dann ein extrem linientreuer, fanatischer NS-Nachfolger gekommen wäre, der alles noch viel schlimmer gemacht hätte. Wie diese Verschlechterung tatsächlich ausgesehen hätte, wird nie genau ausgeführt, und für wen die Verschlechterung Auswirkungen gehabt hätte, ebenfalls nicht. Vermutlich waren damit weniger die jüdischen Bürger gemeint, sondern eine schlimmere Lage für ihre deutschen Nachbarn.

„Die CDU-Fraktion gedenkt mit größter Hochachtung der Männer und Frauen im aktiven Widerstand gegen das Hitler-Regime, die ihre Existenz und ihr Leben aufs Spiel setzten und vielfach auch verloren. [...] Die auf einem Hitler-Befehl beruhende Verurteilung Gräfers als „Landesverräter“ rückt ihn in die Nähe der Männer des 20. Juli. [...] Und folgerichtig hat noch im Juni 1984 der Verbandsvorsteher des Landesverbandes Lippe, Holländer [...] Gräfer in einem Atemzug mit Männern wie Fechenbach, van Senden und anderen als Beispiel des lippischen Widerstands gegen die Nazi-Diktatur bezeichnet.“ (Nach Angabe der Lippischen Wochenschau vom 27.03.1986). Diese Aussage steht zwar im Widerspruch zur Aussage oben, Gräfer habe keinen aktiven Widerstand geleistet, aber die Nähe zum Widerstand wird trotzdem behauptet. Mit Hitler-Befehl wird ein sog. Führer-Erlass gemeint sein, wobei der konkrete Bezug hier unklar ist. Holländer ist als SPD-Mann zudem ein politisch geschickter Schachzug, um auch die SPD in die einheitliche Linie einzureihen.

„Die CDU-Fraktion wird diesem Lemgoer Bürgermeister auch weiterhin ein ehrendes Andenken bewahren und wird sich jeder Diffamierung Gräfers mit aller Entschiedenheit widersetzen. Sie weiß sich darin einig mit der überwiegenden Mehrheit der Lemgoer Bürger und insbesondere mit denen, die Wilhelm Gräfer noch persönlich gekannt und erlebt haben.“ [LR, 26.03.1986] Die CDU führte weiter an, dass Gräfer menschlich geblieben sei, wozu verschiedene Privatbriefe Gräfers aus der Bevölkerung angeführt wurden.

Hier zeigt sich ein Grundproblem in der gesamten Diskussion über Gräfer. Die Aussagen der Jugendgruppe aus dem Jugendzentrum 1980, die Veröffentlichungen einer späteren VHS Gruppe zur NS-Zeit in Lemgo und die 1982 in den Lippischen Mitteilungen erschienene wissenschaftliche Fallstudie zur Stellung des Bürgermeisters im NS-Staat basieren auf amtlichen Dokumenten und Presseberichten, während die Befürworter und Verteidiger Gräfers sich auf Erlebnisse, Erinnerungen und persönliche Briefe beziehen. Es wird auch verschiedentlich der Vorwurf geäußert, nur aus den Akten könne man kein ganzes Bild Gräfers gewinnen. Letztlich wird hier eine Spaltung zwischen der privaten und der öffentlich-amtlichen Person Gräfers versucht. Diesem Ansinnen tritt auch Sternheim-Goral in einem Leserbrief in der LR vom 3.4.1986 entgegen: Seiner Meinung nach, geht es nicht um das private Verhalten Gräfers, sondern um den Mann, der offiziell, amtlich und polizeilich agiert. Sternheim-Goral nimmt Bezug auf die judenfeindliche Satzung vom 12. August 1935, erinnert an die Gegner des NS-Regimes und was mit ihnen passierte und erinnert an die Vertreibung der Juden unter Gräfer. Er findet es unvereinbar, zugleich Gräfer zu ehren und die verfolgten und ermordeten Juden.

Dieser Gräfer-kritische Leserbrief zählt zu den Ausnahmen. In den meisten Leserbriefen äußerte sich eine eher Gräfer-bewahrende Haltung, die entweder seinen beispielhaften „Widerstand“ betont oder seine Ausweglosigkeit als reiner Befehlsempfänger, der sowieso nicht anders handeln konnte.

[Beispiele:]

Leserbrief aus LR, 10.04.1986: „Daß es aber angemessen ist, uns in Ehrfurcht auch vor den Widerstandskämpfern und Widerstandsoptionen zu beugen, die durch ihr Handeln uns und die Welt vor weiteren sinnlosen Opfern bewahren wollten, kann wohl niemand bestreiten. [...] Wir können auch von ihm [Gräfer] lernen, daß Widerstand eigentlich heißt, rechtzeitig und frühzeitig gegen Terror zu handeln, bevor er vor unserer Haustür steht oder uns an die Gurgel greift. [...] Gräfer hat gehandelt, wenn auch spät.“

Leserbrief aus LR, 15.04.1986: „Er [Gräfer] war praktisch auch nur Befehlsempfänger, genauso wie jeder Soldat im Kriege, der auch gezwungen wurde, Menschen zu töten, die ihm gar nichts getan hatten. [...] Denjenigen, die heute Bürgermeister Gräfer verurteilen, sei gesagt: Wenn sie in der Nazi-Zeit in Lemgo gelebt und ihre Stimme gegen die Judenverfolgung erhoben hätten, wären sie auch bestimmt im Konzentrationslager gelandet.“

Die die Ratsmehrheit und den Bürgermeister stellende SPD gab kein wirklich geschlossenes Bild in der Diskussion. Eine offene Kritik an Gräfers Verhalten war nicht zu hören, aber auch kein direktes Eintreten oder Verteidigen. Bürgermeister Wilbusse betonte dagegen immer wieder, dass es einer umfassenden, objektiven Aufarbeitung der NS-Zeit in Lemgo bedürfe, um Gräfer beurteilen zu können. Vielleicht seien weitere (wissenschaftliche) Untersuchungen erforderlich. Lediglich der stellvertr. SPD Fraktionsvorsitzende Manfred Behrend gab eine Art Ehrenerklärung für Gräfer ab und wich von der SPD-Leitlinie ab. Gräfer habe sich für seine Stadt eingesetzt und wäre in seinem Entscheidungsspielraum nicht frei gewesen. Viele SPD-Ratsmitglieder hätten 1967 für die Benennung der Schule gestimmt, die als verfolgte SPD-Anhänger die Zeit zwischen 1933 und 1945 selbst miterlebt hätten, und deshalb eine solche Entscheidung sicherlich nicht gedankenlos getroffen, wie von Storbeck und Wellmer behauptet. Zudem gäbe es viele Lemgoer Bürger, die das positive Wirken Gräfers bezeugen könnten, nicht zuletzt auch der Lemgoer Jude Adolf Sternheim, der der Tochter Gräfers nach seiner Rückkehr aus dem KZ die Menschlichkeit ihres Vaters bescheinigt hätte. [LZ, 5.4.1986] Das Motiv für seine Positionierung begründet Behrend dadurch, dass er die Erinnerung an die verfolgten und ermordeten Juden in Lemgo durch die Diskussion über Gräfer und die Umbenennung der Schule gefährdet sah. Gräfer würde einer Versöhnung nicht im Wege stehen.

Die FDP-Ratsfraktion sprach sich gegen die Umbenennung der Gräfer-Schule aus. „Wir sollten uns dieser Erinnerung stellen: Nicht, indem wir sie löschen und die Schule umbenennen, nicht, indem wir Gräfer zu einem Widerstandskämpfer machen, der er nicht sein konnte, nicht, indem wir weitere wissenschaftliche Untersuchungen anstellen, die uns keine Entscheidung abnehmen, sondern

indem wir uns dieser Zeit stellen und sie für unsere Kinder in aller ihrer Unmenschlichkeit nacherlebbar machen.“ [LR, 24.4.1986] Die FDP trat für eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Schulunterricht ein. Sie positionierte sich damit zwischen CDU und SPD.

Auf der Befürworterseite waren lediglich die Grünen vertreten, die das Anliegen Storbecks voll unterstützten. Die Grünen: „Dieser Appell stellt keine Diffamierung Gräfers dar, sondern eine moralische und politische Wertung seines Handelns aus heutiger Sicht. [...] Der Fraktionsvorsitzende zeigt sich außerdem überzeugt, daß Gräfer politisch verantwortlich für den Nazi-Terror in Lemgo, für die Maßnahmen gegen andersdenkende und jüdische Bürger – bis hin zu deren Deportation in die Konzentrationslager – sei. Wenn er all dies auch vielleicht nicht gewollt habe, so habe er es doch geduldet und durch sein Mitwirken – gerade weil er kein rabiater Nazi gewesen sei - zur Akzeptanz in der Bevölkerung und somit zum reibungslosen Funktionieren des Terrorregimes beigetragen. [...] Von einem Amts- und Mandatsträger muß mehr verlangt werden, nämlich die volle Verantwortung für sein Handeln und dessen Folgen.“ [LR, 11.4.1986] In dieser Stellungnahme wird die von den Gräfer-Unterstützern geforderte Berücksichtigung der privaten Seite Gräfers abgelehnt, da sie bei einer Person, die ein öffentliches Amt bekleide, nicht ausreiche. Die Hilfe in einzelnen Fällen für einzelne Personen wiege die Gesamtverantwortung im Amt nicht auf.

Unterstützung erhielten die Gründen von außerhalb des Stadtparlamentes durch die DKP, wie eine Ausgabe der „leuchte“ von 1986 deutlich macht. Hier ist allerdings die Gräfer-Kritik unverhohlen mit politischen Motiven, auch aus tagespolitischen Gründen, verknüpft.

Bei der Sitzung des Hauptausschusses am 5. Mai 1986 wurde mehrheitlich beschlossen, wichtige Themen zur Stadtgeschichte als Auftragsarbeiten zu vergeben, die in den Reihen „Forum Lemgo“ oder in den „Beiträgen zur Stadtgeschichte“ veröffentlicht werden sollten. Schwerpunkte sollten vor allem die Weimarer Republik und die NS-Zeit sein unter Berücksichtigung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Lemgo. Dafür wurden jährlich 10.000 Mark in den Haushalt eingestellt. Gräfer sollte explizit nicht ausgeklammert werden. Lediglich Storbeck wandte sich gegen die Formulierung in der Verwaltungsvorlage, es liegen heute keine Erkenntnisse vor, die es rechtfertigen würden, die Bürgermeister-Gräfer-Schule umzubenennen“. Zudem sollten geeignete Unterrichtseinheiten erarbeitet und den Lemgoer Schulen zur Verfügung gestellt werden. Beide Punkte wurden abgelehnt und auf die Zeit, nach dem Erscheinen der Auftragsarbeiten, verschoben. Damit haben sich inhaltlich vor allem SPD und FDP durchgesetzt, die eine kritische Aufarbeitung der NS-Zeit vor eine mögliche Umbenennung der Schule gesetzt hatten. Kritisch ist dabei anzumerken, dass ja bereits wissenschaftliche Untersuchungen existierten, die die Kernprobleme in der Person Gräfers beleuchteten. Ein formeller Beschluss über die Beibehaltung oder Umbenennung des Schulnamens hat 1986 nicht stattgefunden.

In der Sitzung ergriff u. a. CDU - Fraktionsvorsitzender Dr. Herbert Hitzemann das Wort. Er warf Storbeck [Grüne] vor, wie ein Beckmesser, über eine ganze Generation herzufallen, ohne zu wissen, was es bedeute, wenn ein totalitärer

Staat rücksichtslos seine Machtmittel einsetze. Er, Hitzemann habe mit vielen Menschen gesprochen, die Gräfer als eine Persönlichkeit gesehen hätten, die in einem schweren inneren Konflikt gestanden habe. [LZ, 6.5.1986] Hitzemann sieht also hier einen klaren Generationenkonflikt bzw. einen Angriff auf ihn und seine Generation, von Menschen, die selbst nicht dabei waren und die die inneren Konflikte, die man unter einer Diktatur ausgesetzt sei, nicht nachvollziehen können. In diesem Fall war Storbeck nicht in erster Linie Parteimitglied, sondern Vertreter einer Generation.

Der Schlussakt ging dann 2009 von der Schule selbst aus, die bis dahin in der öffentlichen Debatte selbst kaum in Erscheinung getreten war. Vor 2009 waren zwar mehrfach Anstöße durch die Fachkonferenz Geschichte an die Lehrerkonferenz gestellt worden, eine Umbenennung der Schule in Betracht zu ziehen, aber immer wieder gescheitert. Für 2010 stand das 50jährige Jubiläum der Schule bevor und man wollte offensichtlich keine neue Diskussion wie 1986 erleben. Diesmal kam es tatsächlich zu einem Beschluss auf Umbenennung der Schule (Juni 2009) und ein entsprechender Antrag der Schulkonferenz wurde im November 2009 an den Schulausschuss der Stadt Lemgo gerichtet. Am 14. Dezember 2009 entschied der Rat, nur gegen einzelne Stimmen der CDU, für den Antrag der Schule. Der Versuch der CDU-Fraktion, eine Vertagung des Beschlusses zu erreichen, fand keine Mehrheit. Die CDU war vor allem gegen die Umbenennung, da man meinte, nur die Fortexistenz des Schulnamens gewährleiste eine Diskussion und Auseinandersetzung mit Gräfer und der NS-Zeit und diene damit der Erinnerung. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Harald Pohlmann hielt die Gegenrede der CDU, in der vor allen Dingen die beiden Rollen Gräfers (Repräsentant des NS-Systems vor Ort und Opfer zur Rettung der Stadt) als unauflösbaren Konflikt darstellte.

„Die Befürworter der Umbenennung wünschen ein Ende der Diskussion, die sie als belastend empfinden. Für uns ist es genau das, was wir brauchen. Wir brauchen diese schmerzhafteste Erinnerung. Die schmerzhafteste Erinnerung, die kontroverse Diskussion über das Unvorstellbare ist alleiniger Garant für die gelebte Erinnerung. [...] Es bleibt das Widersprüchliche in der Person, das aktive, schreckliche, verachtungswürdige Mitläufertum und die heroische Selbstopferung. [...] Ich appelliere an Sie, mit einer Umbenennung von Straße und Schule das Buch der Geschichte nicht zuzuklappen. Stellen wir uns der Verantwortung und führen wir diese Diskussion weiter.“

Pohlmann ging davon aus, dass man neben der Schule auch konsequenterweise die Gräfer-Straße umbenennen müsste, was aber bis heute nicht erfolgt ist. Auf die mangelnde Vorbildfunktion Gräfers ging er nicht ein. Eine Ehrenrettung Gräfers wurde von Seiten der CDU nicht mehr unternommen, eine Distanzierung ist klar erkennbar, aber eine völlige Trennung (noch) nicht durchsetzbar.

In gewisser Weise haben sich die Befürchtungen Pohlmanns bewahrheitet. Eine aktive Auseinandersetzung mit der Person und der Rolle Gräfers findet in Lemgo heute so gut wie nicht statt. Die zwischen 1945 und 1972 geprägte Erinnerungskultur an Gräfer mit ihren Ritualen ist allerdings auch verblasst und wird kaum noch gepflegt. Die heftigen Auseinandersetzungen der Jahre 1980 und 1986 haben offensichtlich die alten Deutungsmuster Gräfers nachhaltig zerstört

und sind inzwischen Geschichte. Auch 2009 blieb eine große Debatte aus. Vereinzelt erschienen Presseartikel und Leserbriefe, die aber nicht ansatzweise die Schärfe der vorangegangenen Diskussionen hatten. Vielleicht zum Glück, andererseits fehlt damit der Anreiz zur Auseinandersetzung. Gräfers Bild und symbolisch gesehen seine Person verbleiben im Keller der Geschichte.

Gräfer ist damit längst kein politisches Problem mehr oder ein Generationenproblem, sondern ein Problem der Geschichtsbewahrung und der Geschichtserinnerung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!